

(Minister Dr. Michael Vesper)

(A) Herr Zellnig; dann können wir noch einmal darüber reden.

Insgesamt war unsere Wohnungspolitik erfolgreich, und ich bitte das Parlament, diesem Haushalt zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Vesper. - Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 14 liegen nicht vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung** entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/3514. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 14** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3514** mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen.**

Ich rufe auf:

(B) **Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei**

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/3502. - Ich **eröffne die Beratung** und erteile zunächst der Frau Abgeordneten Keller für die Fraktion der CDU das Wort.

Ilka Keller (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß es schon sehr spät ist und alle schon ganz "begeistert" sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber wir haben in Nordrhein-Westfalen eine gegenüber den Vorjahren veränderte Situation: Ein neues Ministerium, das wir bisher für die Europapolitik hatten, ist wieder in die Staatskanzlei eingegliedert worden. Diesen Schritt mag man so oder so deuten. Entweder liest man daraus - und das hoffen wir -, daß Europapolitik jetzt Chefsache geworden ist und damit auch die besondere Bedeutung bekommt, die Europa- und Eine-Welt-Politik in der Tat haben. Oder man muß daraus

lesen, daß das Ganze für nicht allzu wichtig angesehen wird und man aus diesem Grunde das Europaministerium einfach aufgegeben hat.

Jenseits dieser Überlegungen ist allerdings von großer Bedeutung, daß die Zuordnungen innerhalb der Einzelpläne 02 und 08 klar getroffen werden.

(Unruhe - Glocke)

Präsident Ulrich Schmidt: Entschuldigung, Frau Keller! - Gerade weil es so spät ist, bitte ich um Ruhe. Wir sollten jetzt alle Frau Keller zuhören.

Ilka Keller (CDU): Das wäre sehr nett. - Europa- und Eine-Welt-Politik müssen - davon sind wir überzeugt - ein eigenes, erkennbares Profil haben. Sie dürfen kein Anhängsel im Haushalt der Staatskanzlei sein. Das Merkmal der Transparenz hat im Blick auf die Akzeptanz des Integrationsprozesses eine Scharnierfunktion. Eine sichtbare Trennung der Aufwendungen für die Staatskanzlei auf der einen Seite und für Europa- und Eine-Welt-Politik auf der anderen Seite kann übrigens auch der Gefahr wehren, daß im Mantel der Staatskanzlei die Mittel für die Europapolitik klammheimlich geschmälert werden. Europa wird schließlich mehr, meine Damen und Herren, nicht weniger.

Nicht zu den Gewinnern zählt bei der diesjährigen Haushaltsberatung die Eine-Welt-Politik. Hier wurden erhebliche Kürzungen vorgenommen. Dieser massive Eingriff stimmt uns sorgenvoll. Als Sprecherin der CDU-Fraktion für Eine-Welt-Politik will ich hier der Frage nachgehen: Warum fielen ausgerechnet die internationale Zusammenarbeit und die Eine-Welt-Politik aus dem Nest?

Die Mittel für Maßnahmen für Entwicklungszusammenarbeit sind gegenüber dem Vorjahr um 190 000 gekürzt worden, die Mittel für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Ausland um 185 000 DM - und so weiter und so fort!

Insgesamt haben wir festgestellt, daß zwar das Promotoren-Modell in ungeschmälerter Form mit 2 Millionen DM aus dem Eine-Welt-Haushaltstopf weiter gefördert wird. Das sind 37 % des Gesamtetats. Entwicklungshilfepolitik funktioniert aber wesentlich auch nach einem Input- und Output-Muster. Der große Promotorenapparat

(C)

(D)

(Ilka Keller [CDU])

(A) wirkt auf der Input-Seite. Die Frage lautet: Stimmt das mit der Output-Seite, sind die Relationen wirklich so richtig? Womit erreichen wir im Rahmen des Nord-Süd-Schismas den Süden tatsächlich, was bleibt hängen? Stimmen Gewichtungen und Prioritäten? - Wir sehen das anders. Wir meinen, daß diese Gewichtung nicht stimmt. Es mag zwar aus Ihrer Sicht sinnvoll sein, daß in Zukunft jede Bürgerin und jeder Bürger weiß, was Eine-Welt-Politik bedeutet. Aber wenn nichts mehr übrigbleibt, um auf der anderen Seite, im Entwicklungsland, Hilfestellung zu geben, nutzt auch die beste Aufklärung nichts.

In diesem Sinne hoffen wir, daß wir in Zukunft hier zu neuen Ansätzen kommen. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Keller. - In Übereinstimmung zwischen den Fraktionen wird die weitere Redezeit der CDU-Fraktion jetzt von Frau Kollegin Hieronymi wahrgenommen. Bitte schön!

(B) **Ruth Hieronymi (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 02 als Haushaltsplan des Ministerpräsidenten müßte ja eigentlich ausweisen, wo der Ministerpräsident selbst die Schwerpunkte in seinem unmittelbaren Amtsbereich setzt. Wir haben heute in vielen Debatten gehört, daß das Geld nicht reicht, um notwendige Projekte zu realisieren: im Kindergartenbereich, bei den Universitäten, bei den Universitätskliniken - um nur einige Beispiele zu nennen.

Meine Damen und Herren, im Haushalt des Ministerpräsidenten ist das alles anders. Da ist das Geld reichlich vorhanden, und das sind Prioritäten, die wir als CDU nicht für richtig halten. Ich will sie Ihnen beispielhaft auflisten:

Ich nenne als erstes repräsentative Baumaßnahmen für die Staatskanzlei und den Ministerpräsidenten. In diesem Haushalt finden Sie mit den Verpflichtungsermächtigungen zwei große Projekte, die der Repräsentation dienen - Ihnen allen bekannt. Den Kosten für den Umzug in das "Stadttor" mit einmaligen Kosten und Restmietzahlungen in Höhe von mehr als 46 Millionen DM stehen sogenannte Einsparungen gegenüber - Herr Ministerpräsident, ich halte Ihnen die Rech-

nung, die Sie selber aufgestellt haben, hier gern vor Augen -, die ausweislich des Haushaltsentwurfs 1999 lediglich rund 2,2 Millionen DM jährlich betragen.

Allein die Zinsen für die aufzuwendenden 46 Millionen DM - das kann sich jeder leicht ausrechnen - sind höher als die durch den Umzug eingesparten Beträge.

In Anbetracht - das sage ich für die CDU-Fraktion hier deutlich - der derzeit äußert knappen Haushaltslage des Landes ist es unverantwortlich, das Land mit derart hohen Kosten zur Anmietung repräsentativer Gebäude zu belasten.

Aber das reicht Ihnen noch gar nicht. Im Landeshaushalt steht darüber hinaus die Landesvertretung Berlin mit rund 49 Millionen DM Gesamtkosten. Ich will hier nicht über die Notwendigkeit dieser Landesvertretung in Berlin debattieren. Nur, Herr Ministerpräsident, wenn Sie glauben, wir hätten das Geld, um beide Projekte zeitgleich zu realisieren, muß ich Ihnen energisch widersprechen. Ich bin der Meinung, eine große Neubaumaßnahme für die repräsentativen Zwecke der Staatskanzlei und des Ministerpräsidenten hätte genügt.

(D) Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich im übrigen den Haushalt des Ministerpräsidenten ansehen, fällt auf, in welchen Bereichen massiv gekürzt wird, nämlich da, wo es um die Belange von Menschen geht, die Hilfe in besonderer Weise nötig haben; ich nenne drei Beispiele:

1. internationale Zusammenarbeit - gekürzt um 40 % im Haushalt des Ministerpräsidenten;
2. Zuschüsse für Projekte im Ausland - gekürzt um 35 %;
3. Zuschüsse für Investitionsausgaben im Ausland - gekürzt um 32 %.

Wenn Sie das in ein sinnvolles Verhältnis setzen, so ist dies aus Sicht der CDU nicht zu vertreten. Das ist offensichtlich nicht eine Frage des Geldes; das Geld ist vorhanden. Es sollte statt für repräsentative Zwecke besser für Menschen in Not ausgegeben werden.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns an dieser Stelle außer auf diese beiden angesprochenen Fragen beispielhaft auf zwei weitere Bereiche eingehen, denn die CDU stellt hier nicht nur Forderungen, sondern sie sagt auch, wo man an

(Ruth Hieronymi [CDU])

(A)

anderer Stelle im Haushalt für wichtigere Aufgaben Geld zur Verfügung stellen könnte.

Auch hier nenne ich nur zwei Beispiele. Das erste dürfte Ihnen bekannt sein: Die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen erhält auch in diesem Jahr einen Betrag von 25,6 Millionen DM. Durch Mehrheitsbeschluß dieses Hauses haben Sie die landesgesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, daß dieser Betrag verpflichtend eingesetzt werden muß. Wir alle wissen aber: Ein Gesetz wird mit Mehrheit beschlossen; es kann auch mit Mehrheit geändert werden.

(Zuruf von der SPD)

Wir sind der Meinung: Für die Filmstiftung reichen 20 Millionen DM. Wir haben das beantragt. Sie sollten dem gleich zustimmen; denn wir fordern, daß das Geld für den Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen, also einen Medienbereich, in dem Arbeitsplätze zur Zeit sehr gefährdet sind, eingesetzt wird. Sie alle wissen: 39 der 46 Lokalfunkstationen schreiben rote Zahlen und brauchen dringend

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Öffentliches Geld!)

(B)

wie in anderen Ländern - Herr Ministerpräsident, zum Beispiel für die längst überfällige Förderung der Digitalisierung des Lokalfunks - Unterstützung.

Auch das letzte Beispiel geht um die Frage, wo man Prioritäten setzen kann: Wir haben beantragt, daß entsprechende Haushaltsmittel für das kulturwissenschaftliche Institut und das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen gekürzt werden, um diese Mittel an unsere Universitäten zu geben, also dorthin, wo sie dringend benötigt werden und sinnvoll eingesetzt werden könnten.

In der Debatte zum Wissenschaftsbereich haben Sie hoffentlich heute morgen gut zugehört. Selbst Ihre Ausschußvorsitzende glaubt, diese Politik nicht mehr mit vertreten zu können.

Das sind die Schwerpunkte, die wir hier zum Antrag erhoben haben. Es wäre sicherlich im Interesse der Sache, wenn Sie sich einen Ruck geben und den entsprechenden Anträgen zustimmen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Reinhold Trinius [SPD]: Wo ist der Antrag denn?)

(C)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Hieronymi. - Es war die Rede von einem "Änderungsantrag"; es geht um den Entschließungsantrag, der nach der dritten Lesung verabschiedet wird. Wir sind uns darüber einig. - Ich erteile Herrn Grätz das Wort.

Reinhard Grätz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Diskussion hat meiner Meinung nach einen etwas makabren Charakter. Vorhin wurde gesagt, die zweite Lesung sei die Stunde der Opposition. Das soll auch so sein. Aber man sieht sie nur vereinzelt.

(Frank Baranowski [SPD]: Die feiern!)

Ich will nicht miesepetrig sein. Ich finde, so etwas muß geregelt werden:

(Beifall bei der SPD)

Wenn man eine Weihnachtsfeier hat, ist das in Ordnung. Wenn wir aber zwei bis drei Stunden praktisch ohne den Partner im Parlament diskutieren und nur jeweils diejenigen reingeschickt werden, die zu einem Thema sprechen sollen ---

(Beifall bei der SPD)

(D)

Zu den angesprochenen Themen, zunächst - das war zu erwarten - zum Thema "Stadtter". Dazu wird auch die Landesregierung noch Stellung nehmen. Ich will dazu nur sagen: Die Stadtter-Nutzung ist bekanntlich Teil eines größeren Konzepts, nämlich des Unterbringungskonzepts der Landesregierung, an dem schon seit Jahren gearbeitet wird.

Wir alle - ich wüßte keine Ausnahme - haben ja doch seit Jahren gewünscht, daß sich die Regierungsbauten, daß sich die Regierung im Regierungsviertel in der Nähe des Landtages konzentrieren. Das hat auch einen betriebswirtschaftlichen Sinn - unabhängig davon, daß Ihre Zahlen auch einer kritischen Überprüfung nicht standhalten. Aber es ist jetzt nicht meine Sache, das nachzurechnen.

Richtig ist: In der Anfangsphase gibt es Mehrkosten, die sich aber in den Folgejahren ausgleichen sollen.

(Helmut Diegel [CDU]: In den nächsten 20 Jahren!)

Lassen Sie mich noch kurz die anderen angeschnittenen Themen ebenfalls benennen, zum

(Reinhard Grätz [SPD])

(A) einen das Thema "internationale Zusammenarbeit". Meine Damen und Herren! Hier springt die CDU seit etwa ein, zwei Jahren auf einen fahrenden Zug, den wir vor Jahren im Land in Gang gesetzt haben,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

indem wir diese wichtigen Aufgaben in Osteuropa und im Vorderen Orient freiwillig zu den unsrigen gemacht und allseits anerkannte Maßnahmen durchgeführt haben. Das wird keiner anders sehen können. Sie haben das anfangs kritisiert. Nun springen Sie auf den fahrenden Zug, nachdem er nun etwas langsamer fahren muß, nachdem wir die Gelder nicht mehr in der Höhe geben können, wie wir sie 1990 und in den Folgejahren geben konnten. Und ich stelle fest: Es gibt kein einziges Bundesland, das diese besonderen Aufgaben in Osteuropa und im Vorderen Orient in diesem Ausmaß freiwillig wahrgenommen hat. Also bitte, hier ist Ehrlichkeit am Platze!

(Beifall bei der SPD)

Das andere, was Sie als Opposition natürlich pflichtgemäß in jedem Jahr ansprechen, ist die Filmstiftung. Dazu will ich Ihnen ganz deutlich sagen: Es mag ja den einen oder anderen quälen, auch dann, wenn er glaubt, hier und da fündig geworden zu sein. Das Thema "Filmstiftung" ist eben eine medienpolitische Erfolgsstory in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind nicht gewillt, dieses Thema gewissermaßen dem Gießkannensystem zu opfern, sondern wir müssen trotz der Finanzenge den Mut und den Willen haben, auch weiterhin Schwerpunkte zu setzen. Deswegen können wir an den Summen nicht rütteln, denn wir brauchen sie, um eine erfolgreich eingeleitete Film- und Medienpolitik fortsetzen zu können. Das ist das eine, was die Filmstiftung angeht.

Zum anderen will ich nur am Rande sagen - das ist mir und auch dem Koalitionspartner, glaube ich, sehr wichtig -: Wir haben wiederum im Haushalt das Verhältnis Filmstiftung/Filmbüro klargestellt, und wir wissen inzwischen, daß die betroffenen Institutionen das in diesem Sinne sehr begrüßen und nach dieser Intention auch arbeiten.

In der weiteren Diskussion ist das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen angesprochen worden. Das haben wir jetzt auch schon im zweiten

oder dritten Jahr. Es ist gut, Frau Hieronymi, daß Sie es noch einmal angesprochen haben; denn in dieser Frage haben wir wirklich einen tiefgreifenden Dissens. Das Wissenschaftszentrum wird von uns selbst in der Haushaltsenge nicht von Kürzungen bedacht, weil wir eine andere Wissenschaftskonzeption haben, als Sie sie anscheinend haben. Wir sind der Meinung, daß das Wissenschaftszentrum und die Institutionen dieses Zentrums sehr erfolgreich arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind auch der Meinung, daß diese Arbeiten nicht allein in den Hochschulen erledigt werden können, da die Hochschulen trotz ihrer Leistungskraft nicht in der Lage sind, diese spezifischen Aufgaben des Wissenschaftszentrums zu leisten, nämlich insbesondere, wie man Wissenschaft gesellschaftlich wirksam darstellt und gesellschaftlich wirksam werden läßt. Da gibt es mit uns auch keine Abstriche.

Nur noch ein Wort zu dem, was Frau Keller gesagt hat. Wenn Sie streichen und auf anderen Stellen auffüllen wollen, dann müssen Sie auch die richtigen Stellen in der Prioritätenliste finden. Wenn Sie zum Beispiel Projekte ziviler Konfliktbearbeitung völlig wegstreichen wollen und dazu noch nicht einmal eine Begründung in Ihren im Ausschuß vorgelegten Antragstext schreiben, dann ist das für mich wirklich ein Armutszeugnis. Dasselbe gilt auch für die Kürzung der Informationsmittel "Forum Eine Welt - Politische Informationsarbeit". Ohne das geht es nicht. Man braucht Informationen und Aufklärung, bevor man den nächsten Schritt macht, nämlich praktische Arbeit in der einen Welt, in den Entwicklungsländern zu leisten. Man kann dies nicht ohne Information und vorherige Aufklärung tun.

(Beifall bei der SPD)

In dem Zusammenhang verstehe ich nicht, Frau Keller, was da aus dem Nest gefallen sein soll.

Noch ein letztes Wort zum Thema Europa, bei dem wir auf den ersten Blick über Jahre eigentlich die geringsten Differenzen hatten. Aber es gibt doch zwei entscheidende Dinge. Das eine ist die neue Koalition in Bonn. Das wird uns hier helfen. Das wird eine neue Dynamik in die Europapolitik bringen.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Reinhard Grätz [SPD])

(A) Das zweite ist - das hat der Bundeskanzler heute wieder zu Recht in seiner Regierungserklärung in Bonn gesagt -: Wir können auf Dauer keine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik in Europa machen, wenn wir die Beschäftigungspolitik ausklammern. Und das wird das Neue sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Beschäftigungspolitik hinzunehmen und sehen bei der großen Mehrzahl der europäischen Staaten - und nicht nur bei sozialdemokratisch geführten - Zustimmung für diese Linie, die Erfolg haben wird. Davon bin ich überzeugt.

Ansonsten, wie gesagt, gibt es da ja sehr viel Übereinstimmung. Nur leider nicht in dem Punkt, der eigentlich der Dollpunkt der gesellschaftlichen Probleme in Deutschland und Europa ist. - Schönen Dank!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Kollegen Grätz. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Nacken.

(B) **Gisela Nacken (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Keller, wie alle Einzelpläne, die wir heute diskutiert haben, unterliegen eben auch die freiwilligen Programme des Einzelplans 02 der Notwendigkeit, Kürzungen vorzunehmen. Wir mußten daher in den Beratungen des Hauptausschusses und des Ausschusses für Europa und Eine-Welt-Politik die sicherlich sinnvollen Anträge - das will ich gar nicht abstreiten -, die die Kürzungen gerade bei der internationalen Zusammenarbeit zurücknehmen sollten, ablehnen. Herr Grätz hat es schon gesagt: Gerade diese Programme liegen uns sehr am Herzen, da sie von uns eingeführt worden sind und weit über das hinausgehen, was andere Länder in dieser Richtung machen.

Wir haben in den letzten Jahren mit sehr viel Engagement und vor allen Dingen auch großem finanziellem Einsatz freiwillige Hilfen und Initiativen besonders in Osteuropa, Israel und Palästina - eigentlich originäre Bundesaufgaben - aus dem Landeshaushalt unterstützt. Auch da mußten wir leider zu unserem großen Leidwesen in diesem Jahr den Rotstift ansetzen.

(C) Das ist bedauerlich, aber es trifft in diesem Jahr viele Politikbereiche, von denen wir uns gewünscht hätten, daß wir sie in dem Maße hätten fortsetzen können wie in den Vorjahren oder sogar noch hätten verstärken können. Aber wir haben uns durch Rückfragen vergewissert, daß die laufenden Projekte mit den zur Verfügung stehenden Mitteln fortgesetzt werden können. Wir laufen also nicht Gefahr - wie von der CDU behauptet -, das Vertrauen der Länder zu verlieren, die auf diese finanziellen Unterstützungen des Landes Nordrhein-Westfalen in der Tat rechnen.

Das allerdings, Frau Keller und Frau Hieronymi, hätten wir getan, wenn wir Ihren Deckungsvorschlägen gefolgt wären und die Zuschüsse für laufende Projekte der zivilen Konfliktforschung, für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit oder in den anderen Bereichen - Zuschüsse an das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen oder die gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber der Filmstiftung - in dem von Ihnen vorgeschlagenen Ausmaß gekürzt hätten.

Wir meinen, bei aller Notwendigkeit, auch in diesem Haushaltsplan zu sparen, mit unseren Vorschlägen auf dem richtigen Weg zu sein und gerade mit unserem Ansatz der Eine-Welt-Politik statt der traditionellen Entwicklungshilfe für arme Länder - wie es so heißt - den richtigen Weg fortsetzen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Schwerpunkt der Haushaltsdebatte im Einzelplan 02 war unstrittig die 2. Ergänzungsvorlage mit den Kosten der Umzugskarawane der Landesregierung. Die Frage, die hinter der Debatte steht, ist durchaus berechtigt: Können wir uns in der derartigen Finanzsituation einen kostenträchtigen Umzug von Ministerien überhaupt leisten? Wir haben ja gerade in den Punkten der internationalen Zusammenarbeit gesehen, daß wir Kürzungen vornehmen müssen, die wir eigentlich nicht wollen. Ist dies eine vorrangige Arbeit? Ist es Ausdruck von Verwaltungsmodernisierung? Oder ist es, wie Sie behaupten, finanziell nicht machbar und öffentlich nicht darstellbar?

Das ist der Hintergrund dieser Debatte. Wir haben diese Frage in meiner Zeit als Abgeordnete in diesem Landtag schon einmal sehr ausführlich an einem anderen Objekt diskutiert. Es ging dabei um den Umbau des alten Landtages. Damals haben sich alle Fraktionen mehrheitlich aufgrund der

(Gisela Nacken [GRÜNE])

(A) damaligen Haushaltssituation gegen den Umbau des alten Landtages und den Umzug des Ministerpräsidenten dorthin ausgesprochen. Die finanzielle Situation war damals im Vergleich zu heute jedoch eher noch "rosig" zu nennen. Man sah nur die heraufziehenden Probleme. Die einen sahen sie mehr, die anderen weniger, würde der Finanzminister wahrscheinlich sagen.

Auch damals gab es in allen Fraktionen Stimmen, man müsse dies in einer langfristigen Perspektive sehen und bewerten. Man hat sich damals anders entschieden.

Konsequent waren wir seinerzeit nicht, weil sich dem Grundsatzbeschuß, diesen Umbau nicht vorzuziehen und mit dem Haus des Ministerpräsidenten nicht umzuziehen, folgerichtig der Verkauf des Hauses hätte anschließen müssen. Wenn man heute die Rechnung aufmachen würde, so bin ich nicht sicher, ob die Belastungen, die wir jetzt durch die Nutzung des alten Landtages im Haushalt haben, höher sind, als wenn wir damals schon einen Umbau des alten Landtags und einen Umzug vorgenommen hätten.

(B) Die aktuelle Entscheidung, mit der Staatskanzlei in das architektonisch sicherlich interessante und vor allen Dingen energetisch innovative Stadttor zu ziehen, hatte keine parlamentarische Diskussion zum Vorlauf, sondern ist die Entscheidung des Ministerpräsidenten gewesen. Ob sie nach einer parlamentarischen Debatte tatsächlich so ausgefallen wäre wie jetzt, das wage ich stark zu bezweifeln, wenn ich mich an die Diskussion um den alten Landtag erinnere.

Aber die Frage, ob die Entscheidung finanziell tragfähig ist, beantwortet in der Tat die 2. Ergänzungsvorlage. Darin hat das Finanzministerium aufgeschlüsselt, welche Kosten entstehen, und die daraus resultierende Miete sowie die Be- und Entlastung für den Landeshaushalt errechnet. Auf der Grundlage dieser Zahlen muß man ganz deutlich sagen: Fiskalisch stimmt die Rechnung.

Selbst wenn man die von Ihnen, sehr verehrte Kollegen und Kolleginnen von der CDU, skandalisierten 16 Millionen für die Umsatzsteuererstattung auf die Miete umlegt, stimmt immer noch die Rechnung. Eine Erstattung dieser Steuer ist bei jedem gewerblichen Neubauobjekt bei der Erstvermietung an einen nicht umsatzsteuerpflichtigen Mieter fällig. Aber auch dann liegt die Miete

im Stadttor noch unter vergleichbaren Neubaumieten in gleicher Lage. Das hat uns und Ihnen - Frau Hieronymi und CDU-Fraktion - das Finanzministerium in der abschließenden Sitzung des Hauptausschusses deutlich mitgeteilt.

Mein Fazit: Die nackten Zahlen und kühlen Berechnungen des Finanzministeriums sagen, daß es fiskalisch stimmt. Nur auf diese Zahlen kann man sich ja beziehen.

Völlig daneben finde ich allerdings die populistische Einlassung der CDU, sich im gleichen Maße für die Förderung der Kindergartenlandschaft zu verschulden. Es macht inhaltlich vielleicht Sinn, daß das sinnvoll wäre. Inhaltlich teilen wir sicherlich das Anliegen, mehr zu investieren, mehr zu tun für Kinder- und Jugendpolitik. Aber fiskalisch ist das überhaupt nicht vertretbar. Ich weiß gar nicht, wie Ihre haushalts- und finanzpolitischen Sprecher einen solchen Vorschlag mittragen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hätten mit einer weiteren Verschuldung in dieser Höhe die verfassungsrechtliche Verschuldungshöhe überschritten. Das wissen Sie ganz genau. Wirtschaftlich im Sinne der Landeshaushaltsordnung wäre das auch in keinem Fall gewesen. Sie können das wirtschaftlich nicht rechnen, sich für die Investitionen in Kindergärten, oder was immer Sie an Programmen damit vorgehabt hätten, zu verschulden.

(Helmut Diegel [CDU]: Sie hätten das Programm einmal lesen sollen!)

Auch meine Fraktion hätte sich gewünscht, im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik mehr tun zu können. Sie haben ja recht: Es ist gut angelegtes Geld, wenn man in die Jugend investiert. Man kann dadurch sicherlich auch vielfältige Aufwendungen in der sogenannten Nachsorge vermeiden. Wir haben dem ja auch mit einigen Aufstockungsanträgen Rechnung getragen, die heute hier zur Sprache gekommen sind. Aber sie sind eben solide finanziert und nicht durch weitere Verschuldung. Auch für die Finanzen gilt das Gebot der Nachhaltigkeit; denn unsere Schulden muß die Jugend von heute tragen - nicht wir.

Ich bin auch sehr gespannt, wie in der weiteren Debatte wahrscheinlich im nächsten Jahr über Vorschläge zur Nutzung des jetzigen Hauses des Ministerpräsidenten konkret diskutiert werden

(C)

(D)

(Gisela Nacken [GRÜNE])

(A) wird. Ich höre, daß gerade die CDU sehr daran interessiert ist, dieses Haus für die parlamentarische Gruppe zu nutzen. Auch das wird dann natürlich unter den Fragestellungen zu diskutieren sein, die Sie heute gegenüber der Nutzung des Stadttors durch den Ministerpräsidenten kritisieren. Ich bin sehr gespannt auf diese Debatte!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letztes Wort zu dem gesamten Vorgang: Deutlich geworden ist mir an den Berechnungen des Finanzministeriums, daß es an einem professionellen Immobilienmanagement in einer Hand mangelt; denn auf die Möglichkeit, überhöhte Mietverträge wie z. B. beim MURL neu zu verhandeln, hätte man doch früher kommen können und eigentlich auch müssen - auch ohne Umzugspläne ins Stadttor.

Ich hoffe sehr, daß dies, zumindest was die Liegenschaften der Ministerien angeht, kein einmaliger Akt war, sondern daß kontinuierlich optimiert wird. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Nacken. - Das Wort hat Herr Ministerpräsident Clement. Bitte schön!

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst zwei Sätze zu dem sagen, was Frau Kollegin Nacken zum alten Landeshaus gesagt hat. Ich habe ja auch eine gewisse Erinnerung an die Debatte. Ich war damals Chef der Staatskanzlei. Wir sind seinerzeit von allen Seiten im Parlament aufgefordert worden, daß der Ministerpräsident dort einzieht. Das ist nicht an irgendwelchen sonstigen Fragen gescheitert, sondern daran, daß dieses Haus für die Zwecke eines Ministerpräsidenten und einer Staatskanzlei nicht nutzbar war. Wir haben damals sogar diskutiert, das Landeshaus gemeinsam mit dem früheren Haus des Innenministers zu nutzen. Dies alles ist damals zurückgewiesen worden. - Übrigens gab es damals Kostenbetrachtungen, die um mindestens das Doppelte höher lagen, als Sie, die CDU, heute zu Lasten des Stadttors rechnen.

Wir haben dann im Landtag gemeinsam entschieden, daß dieses alte Landeshaus anders genutzt

wird, und zwar ebenfalls unter Einsatz von öffentlichen Mitteln. Der Einsatz war ziemlich hoch, mindestens doppelt so hoch wie das, was Sie - und das ist noch Ihre Rechnung - zu Lasten des Landeshaushaltes für das Stadttor errechnen. Das ist also schon in sich nicht schlüssig.

Ich finde zum zweiten bei der Rechnung, die Sie aufmachen, immer wieder die Position "Umsatzsteuererstattung" besonders beeindruckend. Das ist eine Finanzierung - wie der Finanzminister mir gerade noch einmal sagte - aus der einen Tasche in die andere. Es müssen Steuern dafür gezahlt werden, daß kein Unternehmen einzieht, sondern eine Behörde. Diese Steuern erstatten wir. Das ist eine Rechnung wie beim Kreisverkehr. Wenn Sie im Verhältnis zu mir wirklich sauber rechnen wollten, müßten Sie jedenfalls den Anteil des Landes an der Umsatzsteuer zugunsten unseres Landes rechnen, und dann könnten Sie mich allenfalls noch auffordern, vom Bund die restlichen knapp 60 % zurückzufordern. Das sind wirklich Milchmädchenrechnungen, mit denen Sie in der "Bild"-Zeitung eine Sekunde lang Eindruck erwecken können, aber länger nicht.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Diesen Populismus können Sie zu praktizieren versuchen. Herr Kollege Linssen, es leuchtet wirklich jedem Mann und jeder Frau ein: Die Kosten für die Nutzung des Stadttors durch den Ministerpräsidenten und die Staatskanzlei werden jährlich rund 7 Millionen DM betragen. Der Ministerpräsident und die Staatskanzlei machen dafür die bisherige Staatskanzlei frei. Dafür zieht dort das MASSKS, das Ministerium von Frau Kollegin Brusis, ein. Dies erspart 6 Millionen DM jährlicher Kosten. Es bleibt ein Restposten von jährlich 1 Million DM.

(Heinz Hardt [CDU]: Erst ab 2001!)

Gleichzeitig wird das Projekt am Nördlichen Zubringer ---

(Weiterer Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

- Herr Kollege Hardt, es wäre ganz gut, wenn Sie einfach einmal die Rechnung anhören würden. Sie müssen jetzt die Geduld haben, das anzuhören; dann ist schon alles klar. 7 Millionen DM jährlich kostet das Stadttor. 6 Millionen DM werden eingespart oder nicht mehr ausgegeben für das bisherige Mietobjekt Brusis, sondern sie über-

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) nimmt nun die bisherige Staatskanzlei. Außerdem zieht aus dem Nördlichen Zubringer das Staatliche Bauamt aus, Einsparung: 3,5 Millionen DM. Damit sind wir bei 9,5 Millionen DM weniger Belastung; im Verhältnis zu 7 Millionen DM neuer Belastung macht das 2,5 Millionen DM. Der Umzug wird übrigens dazu führen, daß 0,5 Millionen DM an Personalkosten eingespart werden. Wir bewegen uns damit in einem Verhältnis von 10 Millionen DM zu 7 Millionen DM. Das macht nach meiner Rechnung 3 Millionen DM jährlich aus, und mit diesen 3 Millionen DM rechnen wir.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Das ist Ihnen doch alles schon x-mal vorgerechnet worden. Sie müssen es einfach ---

(Heinz Hardt [CDU]: Sie zahlen doch noch Miete bis 2001! Das ist eine Luftnummer!)

- Ja, was ist denn eine Luftnummer? Eine Luftnummer ist das, was Sie hier mit der Umsatzsteuer veranstalten. Das ist eine Luftnummer, Herr Kollege Hardt.

(Volkmar Klein [CDU]: Sonderzahlungen!)

- Was für Sonderzahlungen? Wenn Sie jährlich 3 Millionen DM einsparen, Herr Kollege, dann werden Sie doch diese 3 Millionen DM über mehrere Jahre einsparen. Der Mietvertrag geht über 30 Jahre mit der Option auf zweimalige Verlängerung. Könnten wir das vielleicht einmal ausrechnen? Sie hatten doch vorhin jemand in Ihren Reihen, der vom Wohnungsbau und von Mieten Ahnung hat. Es wäre nicht schlecht, den Sachverstand einmal zu nutzen.

Ich will jetzt noch außen vor lassen, was im übrigen durch die Nutzung von Spareffekten aufgrund von Nachverhandlungen beim MURL und anderen eingespart wird. Das ist die Rechnung, die ich vor jedem Mann und jeder Frau öffentlich anstellen möchte und anstellen werde.

Das gilt übrigens auch, Frau Kollegin Hieronymi, für den Ansatz für den Neubau in Berlin.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident, würden Sie eine Frage von Herrn Diegel beantworten?

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Nein. Ich möchte außerdem ---

(Volkmar Klein [CDU]: Vor lauter Angst! - Lachen bei der SPD)

- Herr Präsident, bitte, ich korrigiere meine Aussage. Herr Kollege Diegel hat selbstverständlich das Recht. Selbstverständlich, Herr Kollege Diegel!

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Diegel, bitte, Sie haben das Wort.

Helmut Diegel (CDU): Ich bedanke mich. - Sie haben Ihre Ausführungen zum Stadttor gerade damit abgeschlossen, daß das wirtschaftlich sei. Ich möchte Sie fragen: Wie verträgt sich denn dieses Prestigeobjekt mit dem gleichzeitigen Einbringen eines Haushaltssicherungsgesetzes?

(Oooh-Rufe, weitere Zurufe und Lachen bei der SPD)

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Herr Kollege, stellen Sie sich einmal vor, ich hätte Herrn Kohl gefragt: Wie vertragen sich die 20 Milliarden DM für Berlin mit der katastrophalen Haushaltslage, die uns die alte Bundesregierung hinterlassen hat? Stellen Sie sich das einmal vor!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Stellen Sie sich einmal vor, Sie kämen dazu, die Kosten der politischen Führung des Landes Nordrhein-Westfalen mit den Kosten der politischen Führung in Bayern oder sonst irgendeinem Land in Deutschland zu vergleichen!

(Peter Bensmann [CDU]: Das Saarland!)

- Nein, nein, nicht das Saarland. Sie wollen doch immer so gerne die Vergleiche mit Bayern. Ich mache das auch gerne. Betreiben Sie es doch einmal ernsthaft! Nehmen Sie doch einmal die Staatskanzlei in München. Schauen Sie sich das einmal an!

(Helmut Diegel [CDU]: Die haben auch andere Finanzen!)

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) Sie glauben doch nicht im Ernst, daß dieses Land Nordrhein-Westfalen in Sack und Asche geht. Diese Landesregierung wird nicht in Sack und Asche gehen. Sie wird so gehen, wie es sich für dieses Land gehört.

(Beifall bei der SPD)

Fragen Sie einmal alle die, die das kleine Karo beobachten, durch das Sie marschieren, alle die, die das beobachten, was Sie diskutieren anhand dieses Stadttores! Das ist der modernste Bau hier. Das ist eine wirkliche Repräsentation für Nordrhein-Westfalen: architektonisch, energetisch. Das ist Transparenz!

(Lachen bei der CDU)

Das ist eine Unterbringung für die Führung dieses Landes, wie es sich gehört. Genau so wird das stattfinden.

(Beifall bei der SPD)

Wir laden Sie alle herzlich ein zu den Diskussionen. Ich lade Sie herzlich ein zu den Stadttor-Gesprächen, die dort in Zukunft stattfinden werden. Sie können sich wirklich auf viele offene Diskussionen freuen.

(B) Ich will, Frau Kollegin Hieronymi, noch etwas zu dem Berliner Bau sagen. Ich bin gerade davon informiert worden, daß die Bayerische Landesvertretung soeben in Berlin eröffnet worden ist. Soweit ich orientiert bin, hat sie Kosten von - das ist die vorsichtigste Angabe; ich will das nicht zu hoch ansetzen - 68 Millionen DM verursacht. Wir haben 48 Millionen DM in den Haushalt eingestellt; wir haben im nächsten Jahr 3,8 Millionen DM vorgesehen. Meinen Sie, daß das für Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zu anderen Ländern für eine angemessene Repräsentanz in einer Hauptstadt, für die ich jedenfalls nicht votiert habe, zuviel sei?

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Ja, gucken Sie sich einmal den Haushalt an! Gucken Sie sich einmal die Situation hier in Nordrhein-Westfalen an! Wissen Sie, dieses kleine Karo, das Sie hier verbreiten wollen, werden Sie mit uns nicht machen.

(Zurufe von der CDU)

Daran müssen Sie sich gewöhnen. Ich würde Ihnen empfehlen:

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

(C) Gehen Sie einmal ins Stadttor, und schauen Sie einmal heraus! Das macht den Blick frei. Dann bekommen Sie eine andere Perspektive,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

anstatt hier solche Vorwürfe zu erheben.

Das gilt übrigens auch für die Filmförderung; Herr Kollege Grätz hat das Notwendige dazu gesagt. Die Diskussion über das, was HDO ausmacht, werden wir ja noch zu führen haben, auch anhand dessen, was aus HDO wird. Diese Spukdiskussion werden wir wirklich zu Ende führen. Ich kann das jetzt nicht; wir werden das zu gegebener Zeit tun.

(Zuruf des Abgeordneten Helmut Diegel [CDU] - Heinz Hardt [CDU]: Strafantrag!)

- Ja, natürlich! Na und? Was erwarten Sie von einer Landesregierung? Wenn irgendwo der Verdacht strafbarer Handlungen besteht, dann gibt es selbstverständlich einen Strafantrag, was denn sonst?

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

(D) Glauben Sie denn, Sie könnten irgend jemandem in Deutschland nahebringen, wir hätten bei diesem Projekt irgendwo bewußt etwas falsch gemacht? Meinen Sie das wirklich? Meinen Sie nicht, wenn Sie einmal die Strecke des Projektes HDO vergleichen, daß hier enorm viel an Arbeit und auch an Wissen und Können eingebracht worden ist? Dabei können Fehler passieren, selbstverständlich!

(Helmut Diegel [CDU]: Wer hat das denn zu verantworten?)

Meinen Sie, wir hätten die ganze Zeit über nicht alles getan, um dieses Projekt mit aller Energie zu einem Erfolg zu machen? Verlassen Sie sich darauf: Dieser Einsatz ist noch nicht vorbei. Ich sage Ihnen: Dabei wird kein Pfennig an öffentlichem Geld danebengehen, damit wir uns da klar verstehen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Ja, Sie verlieren dieses Spielzeug. Sie können sich darauf verlassen, daß sie dieses Spielzeug verlieren werden. Darauf müssen Sie sich einrichten.

(Helmut Diegel [CDU]: Da haben Sie schon verloren! Das war Ihr Spielzeug!)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) Ich will nur noch auf eines hinweisen, Frau Kollegen Hieronymi - das alles birgt ja eine wunderbare Widersprüchlichkeit in sich -: Auf der einen Seite kritisieren Sie, daß wir dort öffentliche Gelder investieren; auf der anderen Seite sagen Sie in demselben Atemzug, wir sollten auch noch öffentliche Gelder in die Hand nehmen und sie in den Lokalfunk stecken.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Ich bitte Sie! Das ist nun wirklich eine private Veranstaltung. Wenn Unternehmen zu dem Ergebnis kommen, dort schreibe man rote Zahlen und das sei nicht wirtschaftlich zu führen, dann müssen sie es aufgeben. So einfach ist das! Wir könnten eine Diskussion darüber führen. Das ist von den Unternehmen, mit denen wir zu tun haben, so gewollt. Das gesamte Konstrukt ist gemeinsam mit den Unternehmen erarbeitet worden. Diese Unternehmen müssen alles tun, um den Lokalfunk zum Erfolg zu führen.

Was ich nicht leichtnehme, ist das, was Frau Kollegin Keller zu den Mitteln für die Eine-Welt-Politik gesagt hat. Ja, wir haben - das ist ein gewisses Ungleichgewicht im Vergleich zu der bisherigen Situation - jetzt mehr Mittel für die Inlandsarbeit als für die Auslandsarbeit eingesetzt. Ich glaube, das ist gerechtfertigt. Natürlich ist niemand begeistert, wenn Mittel gekürzt werden müssen, die für wichtige Projekte eingesetzt werden können. Aber es geht kein Weg daran vorbei: Die Inlandsarbeit ist - da sie mobilisierend und motivierend auf diejenigen wirkt, die sich im Ausland engagieren; ich will dabei keine großartige Abwägung vornehmen - die Grundlage dafür, daß im Ausland überhaupt etwas geschieht, jedenfalls auf dem Sektor, auf dem ein Land im Ausland überhaupt tätig sein kann. Wir stützen uns ja auf Projekte, auf Initiativen, die aus dem Land kommen.

Deshalb ist es aus unserer Sicht gerechtfertigt, die Inlandsarbeit im Dritte-Welt-Bereich, im Eine-Welt-Bereich stärker zu fördern, etwas unausgewogen im Verhältnis zu den Mitteln, die wir für die auswärtige Arbeit einsetzen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Was die Europapolitik angeht: Herr Kollege Dammeier und ich werden sie gemeinsam betreiben. Jawohl, ich wollte mit dem Ressortzuschnitt den Rang der Europapolitik deutlich machen. Die Eu-

ropapolitik wird in den vor uns liegenden Jahren einen hohen Rang haben. Ich brauche das anhand des Euro, der Erweiterung der Europäischen Union und ähnlicher Fragen nicht näher zu beschreiben. Dies wird ja in den nächsten Monaten, in denen die Bundesrepublik Deutschland die Ratspräsidentschaft innehat, deutlich werden.

Schönen Dank! Wir werden morgen weiter debattieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, die Redezeiten sind ausgeschöpft. Weitere Wortmeldungen gibt es ohnehin nicht. Ich **schließe** hiermit die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 02** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3502**. Wer dieser **Beschlußempfehlung** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 02 mit den Stimmen der Regierungsfractionen **angenommen** worden.

Ich komme zum

Einzelplan 01: Landtag

Hierzu gibt es die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3501**.

Eine Debatte hierzu ist nicht vorgesehen.

Ich lasse direkt über den **Einzelplan 01** abstimmen. Wer der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3501** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

Stellenpläne

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Bensmann für die Fraktion der CDU das Wort.

(C)

(D)